

Nachricht

der Bürgerfraktion

Ausgabe 23/November 2011

Ergänzungsantrag „weitestgehend im Bestand“ beschlossen



Im Stadtrat wurde am 29.09.2011 der Ergänzungsantrag der BürgerBündnis/Freie Bürger Fraktion zu einer alternativen Planung der Königsbrücker Straße „weitestgehend im Bestand“ mit großer Mehrheit angenommen. Dieser Antrag geht auf die Bemühungen des Bürgerbündnis Dresden zurück.

Mit unserem Ergänzungsantrag wollen wir nicht die Beschlussfassung zur Königsbrücker Straße verhindern oder verzögern. Wir wollen aber sicher stellen, dass die Königsbrücker Straße das bleibt, was sie heute ist: Eine lebendige Geschäftsstraße!

Die Königsbrücker Straße ist die Verbindung zwischen dem sich sehr gut entwickelnden Hechtviertel und der Äußeren Neustadt. Sie ist der Eingang in Dresdens lebendigsten Stadtteil.

Wir wollen, dass die Königsbrücker Straße saniert und modernisiert wird. Aber wir wollen nicht, und das ausdrücklich, dass Verkehrsplanung in Dresden erneut allein unter dem besonderen Fokus des Automobil- und Durchgangsverkehrs durchgeführt

wird und dabei in erster Linie nach möglichen Förderkriterien ausgerichtet wird.

Eine lebendige Geschäftsstraße muss gefahrlos überquerbar sein. Sie braucht, um Aufenthaltsqualität zu haben, breite Gehwege, die zum Flanieren und Verweilen einladen. Sie braucht Grün und sie braucht eine sehr gute Anbindung an den Nahverkehr. Eine sehr einseitige Fokussie-

behindertengerechten Ausbau des ÖPNV, der nicht zwingend auf einem eigenen Gleiskörper und nicht überfahrbar angelegt sein muss, wurde uns Stadträten nicht vorgelegt. Es stellt sich die Frage: Hat der Stadtrat die Gelegenheit genutzt, alle der Beschlussfassung zu Grunde liegenden Pläne ausgiebig zu studieren und mit der gültigen Rechtsvorschrift RAST 06 zu vergleichen? Kann man sich ohne



rung auf mögliche Fördermittel von Bund und Land und auf einen zügigen Autoverkehr, trotz der neuen Gleise der Straßenbahn, tragen wir nicht mit. Eine Sanierung weitestgehend im Bestand mit einem modernen und

dieses Wissen wirklich sicher sein, dass wir die dem Stadtteil und der Straße angemessene Entscheidung treffen? Wir sind es nicht.

Wir wollen gar keine der über-

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion
im Dresdner Stadtrat



breiten Varianten. Sie sind alle zu groß und schädlich für den Stadtteil. Aber insbesondere ziehen sie unserer Auffassung nach eine Flut von Einwänden und Klagen nach sich, so dass sich der Baubeginn auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben wird - bei

beiden Ausbauvarianten. Auf Anfrage teilte Bürgermeister Jörn Marx am 3.11.2011 mit, dass gemeinsam mit einem verwaltungsinternen Beratungsgremium bis Anfang 2012 die geforderte Untersuchung des Ausbaus "weitestgehend im Bestand" erarbei-

tet wird. Wir wollen, dass schnell saniert wird und hoffen, dass mit unserem Ergänzungsantrag hierfür der Weg geebnet wird.

Anita Köhler/Christoph Hille

Schwimmhalle : Finanzierung geht baden



Die dringend notwendige Sanierung und Erweiterung der 1969 erbauten Schwimmhalle am Freiburger Platz hat wieder mal bei allen

Fraktionen im Dresdner Stadtrat oberste Priorität, allerdings fehlt der Mut, die Finanzen dazu bereit zu stellen.

Seit über 10 Jahren wird immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt, dass wir dringend den Schwimmhallenkomplex sanieren müssen und nicht zuletzt durch die Schließung der Schwimmhalle auf der Steinstraße dringend überdachte Wasserflächen für den Schul-, Vereins- und Spitzensport sowie zur allgemeinen sportlichen Betätigung benötigen.

Die Dresdner Stadtverwaltung hat eine Variante mit Komplettsanierung und Erweiterung einer wettkampftauglichen 50m-Bahn für nun 24,6 Mio. Euro vorgelegt. Davon sind allerdings 8 Mio. Euro noch nicht gedeckt. Anträge, die aus den Reihen der Stadtrates kommen und keinen Finanzierungsvorschlag enthalten, werden stets von der Verwaltung kritisiert. Bei einer eigenen Vorlage der Verwaltung kann man offensichtlich auch mal großzügig darauf verzichten. Aber das Geld ist da! Medienwirksam hatten die Bürgermeister nach ihrer

Bildungsklausur im Juni verkündet, jeden Cent der erwarteten Steuermehreinnahmen von knapp 150 Mio. Euro in die Sanierung bzw. in den Neubau von Schulen und Kitas zu stecken. Wir sind der Ansicht, dass die Verwaltung sehr wohl Vorschläge zum Umgang mit Steuermehreinnahmen vorlegen kann, aber entscheiden wird der Stadtrat über den Haushalt.

Natürlich müssen wir schnellstmöglich unsere Schulen sanieren, da wurde lange Zeit vieles sträflich vernachlässigt. Wir müssen auch weg von Generalsanierungen mit höchstem Standard, wenn uns auf der anderen Seite die Treppen unter den Füßen zusammenbrechen, Toiletten wegen Geruchsbelästigung unzumutbar und unbenutzbar werden und in Zimmern der Schimmel von den Wänden grüßt. Da gilt es kurzfristig die Gelder in die Hand zu nehmen und die zum Teil katastrophalen Ver-

hältnisse zu beseitigen. Für uns gehört die Schwimmhalle, die für den Schulschwimmsport und von zahlreichen Vereinen genutzt wird, ebenso zum Bildungsauftrag einer Kommune. Daher stellten wir den Antrag, die fehlenden 8,297 Mio. Euro bis zum Jahr 2016 aus den Steuermehreinnahmen und Schlüsselzuweisungen für die Jahre 2010 – 2015 zu entnehmen. Leider fand dieser Antrag keine Mehrheit und die Sanierung des Schwimmhallenkomplexes steht ohne vollständige finanzielle Deckung immer noch auf wackligen Beinen.

Ein Antrag der Grünen, bis zum 3. November diesen Jahres eine Aufstellung zur Verwendung der Steuermehreinnahmen und Schlüsselzuweisungen dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen, fand dann eine Mehrheit. Damit hat der Stadtrat das Heft des Handelns leider aus der Hand gegeben. Und haben wir auch anfänglich

noch gehofft, dass auch die Bürgermeister die längst fällige Sanierung der Schwimmhalle als Bildungsauftrag ansehen und die fehlenden 8 Mio. bereitstellen, wurden wir nun eines Besseren belehrt. Die fehlenden Mittel wurden nicht, wie erhofft, mit in die Liste der zu realisierenden Bildungsprojekte aufgenommen. Die Finanzierung der Schwimmhalle geht also leider vorerst wieder baden.



Jan Kaboth

Sternstunde der Dresdner Senioren- und Altenhilfepolitik?

Es ist eine Binsenweisheit der demografischen Entwicklung: unsere älter werdende Gesellschaft muss gestaltet werden. Auf der Tagesordnung der Stadtratsitzung vom 29. September 2011 stand der „**Fachplan für Seniorenarbeit und Altenhilfe**“. Alle anwesenden 61 Stadträte gaben ihm ihre Stimme. Eine Sternstunde der Dresdner Seniorenpolitik? Ja ist meine Antwort - und darüber bin nicht nur ich sehr erfreut. Senioren, Rentner, Pensionäre, Veteranen, Alte ...! Welche Bezeichnung auch immer für die 140.000 Dresdner gewählt werden, die 60 Jahre und älter sind, Ihnen und allen Verantwortungsträgern hat der Stadtrat damit ein Kompendium an Lageeinschätzungen des seit dem Jahre 2003 Erreichten und eine aussagekräftige Zukunftsorientierung verbindlich in die Hand gegeben. Im Fachplan sind Positives benannt und Rückstände aufgezeigt, aber vor allem die Herausforderungen an die Kommunalpolitik für eine älter werdende Stadtbevölkerung mit den Aufgaben für die nächsten Jahre bestimmt. Keine weitere Chance soll der zunehmenden Vereinsamung und fehlender sozialer Wärme gegeben werden. Gebrauchte werden mehr soziale Begegnungsarbeit und seniorengerechtes Wohnen. Wappnen muss sich die Stadt gegen die heraufziehende Altersarmut und wachsende Pflegebedürftigkeit.

Unter Federführung des Sozialamtes und breiter demokratischer Mitwirkung von sozialen Wohlfahrtverbänden, Kranken- und Pflegekassen, Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie Seniorenverbänden und Kirchengemeinden, vor allem aber der in den zurückliegenden Jahren in den Ortsamtsbereichen entwickelten zehn Fachplanungsgremien „Seniorenarbeit und Altenhilfe“ und dem Wirken des Seniorenbeirates ist es zu verdanken, dass heute ein realistisches Arbeitsprogramm vorliegt. Noch in der Sitzung zur Entwurfsberatung hat allein der Seniorenbeirat 78 Ergänzungs- und Änderungsvorschläge in das über 200seitige Werk eingebracht. Als ein Beteiligter von

Anbeginn war es für mich ein Anliegen in den zurückliegenden zwei Jahren auch die Meinungen und Vorschläge der Angehörigen der eigenen Wählervereinigung BÜRGERBÜNDNIS DRESDEN und der mit ihr eng verbundenen Volkssolidarität Dresden e. V. mit aufzunehmen. 28 von mir vorgebrachte Vorschläge konnten so mit eingearbeitet werden.

Dieser Fachplan geht in weiten Teilen über die im § 71 zur Altenhilfe im Sozialgesetzbuch – Zwölftes Buch – Sozialhilfe – genannten kommunalen Aufgaben hinaus und trägt zu Recht im Titel auch das Wort „Fachplan für Seniorenarbeit“. Er kann als Belege dafür gelten, wie der in der Sächsischen Verfassung verankerte Grundsatz kommunaler Selbstverwaltung und Allzuständigkeit der Kommunen, in Dresden schöpferisch angewandt wird. **Auch trägt er der veränderten Lebenssituation der Generationen 60+ und 80+ Rechnung.** Gerade im höheren Lebensalter wird die Stadt mehr und mehr zum Lebensmittelpunkt der Menschen. Ihr kommt als Ort der Daseinsvorsorge eine wachsende Verantwortung für die Gestaltung der sozialen Infrastruktur der älter werdenden Gesellschaft zu. Mit dem Fachplan bereitet die Stadt diese umfassenden Veränderungen vor und macht sie zukunftsfähig.

Eines ist dabei klar und dafür setze ich mich ein: nur **in gemeinsamer Verantwortung** von Einwohnern, Stadtrat und Stadtverwaltung kann dieser Prozess gestaltet werden. Unter Wahrung der Subsidiarität gehören dazu das Zusammenwirken mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und den privaten Anbietern sozialer Dienstleistungen. Und es wird auf die engagierte Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren, ihren Vereinen und Selbsthilfegruppen gesetzt. Die neue Qualität drückt sich beispielsweise in der nunmehr fest verankerten stadtteils- und quartiersbezogenen Planung oder den weiter zu schaffenden oder zu stärkenden Netzwerken für die Betreuung und Versorgung an Demenz erkrankter Menschen aus. Großes Augenmerk wird der inhaltlichen Weiterentwicklung und personellen

Stärkung der städtisch geförderten 17 Seniorenbegegnungsstätten und der sechs Seniorenberatungsstellen geschenkt.

Die Stadt verfügt über ausreichende und gut ausgestattete ambulante und stationäre **Pflegeeinrichtungen und -dienste** sowie Beratungsstellen für Senioren und deren Angehörige in den Ortsamtsbereichen. Hierbei leisten die pflegenden Angehörigen eine besonders hervorzuhebende Hilfe. Eine vielseitige Unterstützung bieten dabei auch die zahlreichen Ehrenamtlichen Helfer. Dies alles ist anerkennens- und lobenswert. Allein, es reicht nicht. Zumal derzeit in der Öffentlichkeit das Bild von der Pflege nicht mit der nötigen Wertschätzung von den Leistungen der Pflegenden für die Gesellschaft geprägt ist und jetzt schon ein Fachkräftemangel herrscht. Ich sehe meine Mitverantwortung darin, das Thema Pflege für die Dresdner Bürger, welches einen breiten Raum im Fachplan einnimmt, zu einem zunehmend wichtigeren Bestandteil kommunaler Daseinsfürsorge zu gestalten. Nur im Miteinander von Krankenkassen, Pflegekassen, Ärzten, ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, etc. sowie unter Beteiligung der Angehörigen und bürgerschaftlich Engagierter kann dies gelingen. Pflegebedürftige mit ihrer selbstbestimmten Teilhabe, aber vor allem die Pflege-tätigkeit und damit die Pflegekräfte müssen mehr denn je, auch mit Unterstützung unserer Stadtratsfraktion BÜRGERBÜNDNIS Dresden / Freie Bürger, ein positives gesellschaftliches Gesamtinteresse erfahren.

Unser Credo als kommunale Interessenvertreter sollte in der Seniorenarbeit und Altenhilfe immer sein, vom einzelnen Menschen aus, seinen Interessen, Wünschen und Beschwerden an die zu lösenden Aufgaben zu gehen. In Übereinstimmung mit den gegebenen Rahmenbedingungen bestimmt sein Wohl unser Handeln und nutzt damit allen.

Werner Schnuppe
Stellvertretender Vorsitzender des
Seniorenbeirates

Hilfe! Die Jugendhilfe in Seenot?



In jeder Beratung des Dresdner Jugendhilfeausschusses hört man Hilferufe. Mal sind es Zuschüsse für Träger der Freien Jugendhilfe,

die irgendwie fehlen, oder wie zuletzt bekanntgeworden, die Zuschüsse für öffentliche Schülerbeförderung werden vom Land gekürzt. Nun spielt der Jugendhilfeausschuss Feuerwehr, man rückt sofort aus! Nur: Wohin? Es ist für ein Mitglied des Ausschusses, der hauptamtlich einer völlig anderen Tätigkeit ohne Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen nachgeht, sehr schwer, den Brandherd zu erkennen und richtig zu bekämpfen. Aber es ist Aufgabe des Stadtrates, den Jugendhilfeausschuss bestens zu besetzen und zu begleiten! Und deshalb habe ich mich in dieses Gremium wählen lassen.

Dabei gehöre ich zu den völlig überalterten Lehrern in Sachsen, de-

ren es immer weniger werden und der Nachwuchs fehlt. Dieser Hilferuf kommt ziemlich spät, es ist eh Landeshoheit, sagen die meisten. Die Kultusminister der Länder sind aber überfordert, sie haben ja noch nicht einmal die Frage klären können: Welches Schulsystem braucht Deutschland? In diesen Diskussionen bleiben sie stecken, die Persönlichkeit der Lehrer taucht noch gar nicht auf!

In SPD-Reden, manchmal auch bei der FDP, glaubt man herauszuhören, eine Schule sei gut, wenn das Gebäude bestens sei. So ein Schwachsinn. Lehrer und Schüler machen die Qualität einer Schule aus, es muss ein Geben und Nehmen sein. Dann erst kommen die Eltern und die Verwaltung zum Zuge. Also: Verteilen wir den Wohlstand auf alle, gerecht, aber auf Prioritäten achtend. So, wie es immer weniger Lehrer werden, sind es auch weniger Schüler geworden. Da können die Zuschüsse, besonders die freiwilligen Zuschüsse einer Kommune, auch Schwankungen unterworfen werden.

Jetzt sind wir wieder beim Jugend-

hilfeausschuss. Seit Jahren halten wir ein sehr hohes Niveau in der Unterstützung der Freien Träger. Und sind auch mit ihrer Arbeit meist sehr zufrieden.

Aber muss der Zuschuss bei nachweislicher Abnahme der Kinderzahl dennoch ständig langsam erhöht werden bzw. gleich bleiben? Die beantragten Fördergelder müssen ständig auf den Prüfstand! Und das gefällt einigen Verantwortlichen der Träger nicht. Klar, es bedeutet Zeitaufwand und Arbeit. Die Arbeit mit Kindern ist nicht abrechenbar wie die Leistung eines Installateurs. Deshalb gehören Kontrollgremien wie das Jugendamt in den Prozess, denen man auch Vertrauen entgegenbringen muss. In diesem gegenseitigen Informationsaustausch sind Lösungen bisher stets möglich gewesen. Das soll auch so bleiben. Deshalb darf der Jugendhilfeausschuss hin und wieder mal länger diskutieren. Es muss nur zu einem Ergebnis führen, bei dem keine Seite benachteiligt wird.

Franz-Josef Fischer

Tourismusbilanz in Dresden 2011 rekordverdächtig



Dresden ist und bleibt ein beliebtes Ausflugsziel inländischer und ausländischer Gäste. Laut Statistischem Landesamt wurden im ersten Halbjahr 2011 die Vorjahresdaten um acht Prozent (Ankünfte) und zehn Prozent (Übernachtungen) übertroffen. Es ist absehbar, dass der Spitzenwert von 2010, als erstmals mit Übernachtungen die 3,5 Millionen-Marke überboten wurde, in diesem Jahr noch deutlich gesteigert werden kann.

Insgesamt arbeiten in Dresden inzwischen 189 Betriebe in der Tourismusbranche. Die Zahl der angebotenen Betten und Schlafgelegenheiten liegt bei 20.324. Im Juli 2011 gab es 345.744 Übernachtungen in Dresden, darunter 74.246 Auslandsgäste. Im Durchschnitt bleiben die Gäste 2,13 Tage in Dresden.

Von der positiven Entwicklung profitieren neben dem Hotelgewerbe insbesondere die Gastronomie und der Einzelhandel. Die Kommunale Statistikstelle weist allerdings auf den zunehmenden Abstand zu den „Leuchttürmen“ Berlin, München, Hamburg und Frankfurt am Main hin. Diese Städte haben nicht nur deutlich mehr Gäste als Dresden, sondern auch höhere Steigerungsraten.

Fortschreibung Schulnetzplan

Der Schulnetzplan für die nächsten 5 Jahre soll auf den Weg gebracht werden. Ziel ist es, dafür Sorge zu tragen, dass für jeden Schüler in zumutbarer Entfernung ein adäquates Bildungsangebot in hoher Qualität zur Verfügung steht. Kein leichtes Unterfangen. Am 11.10.2011 stellte der Schulbürgermeister Winfried Lehmann in einer Pressekonferenz den Entwurf der neuen Schulnetzplanung 2012 vor. Mitte Oktober begannen die Beratungen in den Schulkonferenzen, Ortsbeiräten und Ortschaftsräten. Wir wünschen uns rege Beteiligung der Schüler, Eltern und Lehrer und stehen als Ansprechpartner gerne bereit.

Die wichtigsten Punkte zusammengefasst:

Grundschulen:

2012: Gründung 38. Grundschule Saalhausener Straße 61

2014: Schulhausneubau und Gründung einer dreizügigen Grundschule im GSB Ortsamt Pieschen 1

2014: Entflechtung 32. Grundschule/ 32. Mittelschule

noch ohne Datum: Entflechtung 65. Grundschule/ freie christl. Grundschule Zschachwitz

schnell: Entflechtung 76. Grundschule/ 76. Mittelschule durch Schulhausneubau für 76. Grundschule

Mittelschulen:

2012: Gründung 107. Mittelschule Hepkestraße 26

2014: Entflechtung 32. Grundschule/ 32. Mittelschule durch Schulhausneubau für 32. Mittelschule

2015: Gründung dreizügige MS Pieschen/ Neustadt

2015: Aufhebung 88. Mittelschule

2016: Verlagerung der 46. Mittelschule an den Standort Andreas-Schubert-Straße 14

schnell: Entflechtung 76. Grundschule/ 76. Mittelschule durch Schulhausneubau für 76. Grundschule

2017: Neugründung zweizügige Mittelschule (Marienberger Straße?)

Gymnasien:

2014: Gründung Gymnasium Bernhardstraße 18

2017: Gründung Gymnasium Boxberger Straße 1/3

Hohe Auslastung der Schulgebäude

Berufsschulen:

Berufliches Schulzentrum für Dienstleistung und Gestaltung: Aufhebung

Berufliches Schulzentrum für Agrarwirtschaft und Ernährung:

- Aufhebung des Standortes Außenstelle Altroßthal

- Zuordnung des Standortes Chemnitzer Straße 83 als Außenstelle (ehem. BSZ D+G)

- Beendigung Nutzung 113. Grundschule und Standort Saalhausener Straße 61

Verlagerung Berufliches Schulzentrum für Wirtschaft „Prof. Dr. Zeigner“ an den Standort Leutewitzer Ring 141

Verlagerung Berufliches Schulzentrum für Wirtschaft „Franz Ludwig Gehe“ an den Standort Bodenbacher Straße 154a

Standortpläne und langfristige Zielplanung sowie Schulnetzberichte

– Tabellen und Übersichten erhalten Sie auf den Seiten zur Schulnetzplanung auf www.dresden.de



Dresden bleibt Bürger bewegt

Festveranstaltung anlässlich des Dresdner Gedenktages an die Friedliche Revolution von 1989



Die BürgerBündnis/Freie Bürger Fraktion im Dresdner Stadtrat führte am Samstag, dem 8. Oktober 2011 im Haus der Kathedrale (Kanzleihaus) eine Festveranstaltung anlässlich des 22. Jahrestages der Friedlichen Revolution in Dresden durch.

Eingeladen waren Bürgerinitiativen, Vereine und Verbände. Der Referent, Herr Frank Richter (Direktor der Landeszentrale für politische Bildung und Gründungsmitglied der Gruppe der 20) würdigte in seinem Festvortrag „Wenn aus Betroffenen Beteiligte werden ... Die Immer – Wieder – Neu - Entdeckung des Bürgers“ das bürgerschaftliche Engagement.



Verbunden mit einem zwanglosen Austausch von Meinungen ging es darum, eine bessere Vernetzung und Kommunikation zwischen den Bürgerinitiativen einerseits und den politischen Mandatsträgern andererseits anzustreben.

Das Ziel kann nur sein, die Bürgerschaft an den laufenden politischen Prozessen angemessen und besser als der-



zeit möglich zu beteiligen und damit auch eine weitgehende Transparenz im gemeinsamen Handeln herzustellen.

Die Veranstaltung soll, so die Intention der Veranstalter, in den kommenden Jahren eine Fortsetzung finden.

*Jan Kaboth/
Christoph Hille*

Aktuell aus dem Dresdner Stadtrat

Eines der wichtigsten Themen der vergangenen Stadtratssitzung war die Entscheidung zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens über die Zukunft der städtischen Krankenhäuser.

Der Stadtrat stimmte mehrheitlich der Durchführung des Bürgerentscheides mit folgender Fragestellung zu: „Sind Sie dafür, dass die Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt Eigenbetriebe der Stadt Dresden bleiben?“

Voraussichtlich am 29.01.2012 werden die Dresdnerinnen und Dresdner zur Wahlurne gebeten. Abstimmungsberechtigt sind alle EU-BürgerInnen über 18 Jahren, die zum Abstimmungszeitpunkt mindestens drei Monate mit Hauptsitz in Dresden leben. Zum Wahltag werden Informati-

onen, die neutral die Argumente der Befürworter und Gegner darstellen, unter den Bürgern verteilt.

Das von den Linken und der SPD initiierte Bürgerbegehren war heiß umstritten. In einer für die Landeshauptstadt Dresden so wichtigen und zugleich kontroversen Frage ist es selbstverständlich von Belang, die Meinung der Dresdner Bürgerinnen und Bürger zu hören. Allerdings wurde ein unabhängiges Rechtsgutachten vorgelegt, welches das Bürgerbegehren nach rechtlichen Voraussetzungen für unzulässig erklärte (bereits erledigter Gegenstand, in Teilen unzulässige Unterschriften). Der Stadtrat befand sich in dem Zwiespalt zwischen der Anhörung des Bürgerwillens einerseits und der Schaffung eines rechtswidrigen Präzedenzfalles andererseits. Obwohl einige der Argu-

mente des Rechtsgutachtens, wie zum Beispiel die Verjährung der Stimmen, entkräftet werden konnten, da es dazu keine Regelung in der Gemeindeordnung gibt, konnte die rechtliche Zulässigkeit nicht in Gänze schlüssig dargelegt werden. Dies war letztendlich auch ausschlaggebend dafür, dass wir uns der Stimme enthielten. Wir begrüßen ausdrücklich, dass nun der Bürgerentscheid durchgeführt werden soll, sind aber gleichzeitig der Meinung, dass es zukünftig einer Konkretisierung der gesetzlichen Vorgaben in der Gemeindeordnung bedarf.

Eines sollten auch die Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht vergessen: Sollte der Bürgerentscheid erfolgreich sein, so schließt die gewählte Formulierung der Frage eine Fusion der beiden Krankenhäuser auch als Eigenbetriebe für die nächsten drei Jahre aus!



Baubeginn an der Bautzner Straße

Wenn der Albertplatz verstopft den Unmut von Fußgängern und Autofahrern hervorruft, dann ist meist die Bautzner Straße schuld! Eine Autoschlange rollt langsam bis zur Hoyerswerdaer Straße und bei grünem Ampellicht wollen die Fahrer Gas geben. Es ist ja eine Bundesstraße B6, die diesen stadträumlich sehr wertvollen Bereich mit bedeutender, zum Teil denkmalgeschützter Architektur und Gründerzeitbebauung durchläuft!

Aber es ist das schlechteste Stück

der insgesamt sanierungsbedürftigen Bautzner Straße. Die Straßenbahnhaltestellen stellen eine Gefahr für Fahrgäste dar, die Fußwege sind holprig, Radfahrer haben gar keine Chance, die StVO einzuhalten und der Lärm sowie der Feinstaub sprengen alle Normwerte.

Zeit also, zu Sanieren!!

Zwischen Hoyerswerdaer Straße und Pferdekopfbrunnen, also der Martin-Luther-Straße, kann nun endlich der grundhafte Ausbau beginnen. So

beschloss es der Stadtrat. Zuvor wurde besonders im Bauausschuss um jedes Detail gestritten. Ob nun die Fällung von acht Bestandsbäumen oder die Einfädung der Fahrradwege, es fand sich eine Lösung. Damit könnte der Zeitplan gehalten werden: nächstes Jahr wird gebaut. Wieder ein Stück Straße mit Bedeutung für unsere Waldschlösschenbrücke fertig!

Franz-Josef Fischer

Kurzmeldungen

Ausbau des rechtselbischen Elberadwegs

Nach zähen Verhandlungen wurde der interfraktionelle Antrag zum Ausbau des rechtseitigen Elberadwegs beschlossen. Zwischen Saloppe und Körnerplatz wird der Körnerweg zu einem verkehrstauglichen, fahrradfreundlichen Fuß- und Radweg ausgebaut, soweit noch nicht vorhanden. Der Fuß- und Radweg wird, vor dem Sportplatz am „Blauen Wunder“ abzweigend und diesen westlich umfahrend, am Körnergarten mit dem bestehenden Fuß- und Radweg verbunden. Zwischen Körnergarten und Laubegaster Straße ist – ggf. unter Aufstellung eines Bebauungsplanes – unter Nutzung des Wiesenweges ein in der Regel 5 m breiter asphaltierter Fuß- und Radweg zu bauen. Dabei sind die denkmalpflegerischen Belange, besonders im Bereich Altwachwitz, zu berücksichtigen.

Hoffen wir, dass nun schnellstmöglich auf der rechten Elbseite zwischen Söbri- gen und der Dresdner Altstadt gefahrloser mit dem Rad gefahren werden kann.

10 % der Steuermehreinnahmen in die allgemeine Rücklage

Angesichts aktuell erwarteter Steuermehreinnahmen in Höhe von ca. 150 Mio. Euro fordert die Fraktion, dass sowohl von dieser Summe wie auch von zukünftig möglichen „Mehr“-Einnahmen je 10% als nicht zweckgebundene Rücklage angespart werden. Um auch langfristig die Schuldenfreiheit der Stadt zu gewährleisten, ist es zwingend erforderlich, endlich mit realen Sparmaßnahmen zu beginnen. Die zukünftige Finanzentwicklung ist außerdem dazu angetan, jede Investition mehr als bisher auf mittel- und langfristige finanzielle Folgewirkungen hin zu überprüfen.

Anhörungsrecht der Ortsbeiräte

Gemäß der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte sind die Ortsbeiräte zu wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsamtsbereich betreffen, zu hören. Dies ist bei Informationsvorlagen in der Regel nicht möglich und sie sollten nur dort Anwendung finden, wo eine schriftliche Information ohne Vorstellung vom Amt und anschließende Diskussionen ausreichend ist.

Zur Sitzung des Ortsbeirates Blasewitz am 28. September 2011 standen auf der Tagesordnung zur Information an den Ortsbeirat zwei Vorlagen zum Parkraumkonzept Blasewitz – Schillerplatz und zur Auswertung des Verkehrsversuches am Barteldesplatz. In den genannten Angelegenheiten, bei dem erheblicher Diskussionsbedarf besteht, wurde mit dieser Art von Informationsvorlagen das Recht der Ortsbeiräte als wichtiges kommunales Gremium beschnitten. Das ist nicht hinzunehmen. Als Reaktion auf unsere Kritik wurden die beiden Vorlagen von der Tagesordnung des Ortsbeirates genommen und sollen nun dem Ortsbeirat zur Beratung und Abstimmung vorgelegt werden.

Feuerwerke in Dresden

Sehr komplexe gesetzliche Regelungen geben vor, wann die Voraussetzungen für eine Ausnahmegenehmigung zum Entzünden von pyrotechnischen Gegenständen außerhalb der Zeit des Jahreswechsels gegeben sind. Typischerweise akzeptiert werden Hochzeiten, Goldhochzeiten, Vereinsjubiläen sowie Schuleinführungen.

Im vergangenen Jahr gab es 110 Ausnahmegenehmigungen zum Zünden von Feuerwerken außerhalb der Zeit des Jahreswechsels und in diesem Jahr bis zum 22. Juni 2011 bisher 69 Ausnahmegenehmigungen. Für die Bearbeitung eines Antrages auf Ausnahmegenehmigung zum Abbrennen eines Feuerwerkes werden Gebühren erhoben. In der Regel wird pro Ausnahmegenehmigung eine Gebühr in Höhe von 75 Euro festgesetzt.

In Zukunft müssen die Voraussetzungen, d.h. die gesetzlichen Regelungen, geändert werden, damit nicht an jedem Wochenende mindestens zwei Riesenfeuerwerke gezündet werden und die Umwelt durch Lärm und Schadstoffe belastet wird.



Inhalt

<i>Königsbrücker Straße</i>	1
<i>Schwimmhalle</i>	2
<i>Senioren- und Altenhilfeplan</i>	3
<i>Hilfe! Die Jugendhilfe in Seenot?</i>	4
<i>Tourismusbilanz in Dresden 2011</i>	4
<i>Fortschreibung Schulnetzplan</i>	5
<i>Dresden bleibt Bürger bewegt</i>	6
<i>Berichte aus dem Stadtrat</i>	7
<i>Kurzmeldungen</i>	8

Herausgeber

*BürgerBündnis/Freie Bürger Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Zimmer 174
Telefon (03 51) 4 88 23 83
Telefax (03 51) 4 88 23 84
buergerfraktion@dresden.de
www.buergerfraktion-dresden.de*

Redaktion (V.i.S.d.P.)

*Jan Kaboth
Fraktionsvorsitzender
Fotos: C. Münch, pixelio, Jordan*

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder.*